

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Maßnahmen zur Senkung von Mobilitätskosten**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für ökologisch und sozial ausgewogene Maßnahmen zur Senkung von Mobilitätskosten - insbesondere Spritpreise - für Pendlerinnen und Pendler einzutreten und

- geeignete kartellrechtliche Schritte auf nationaler und EU-Ebene zur Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Mineralölkonzernen zu setzen,
- Preisspitzen zu unterbinden, indem Überlegungen wie Spritpreiskorridore verfolgt werden,
- sich im Rahmen der Europäischen Union für wirksame Schranken gegen Spekulationen mit Treibstoffen einzusetzen,
- eine Reform des derzeit geltenden Pendlerpauschales vorzunehmen, so dass in Zukunft alle Pendlerinnen und Pendler, unabhängig vom Einkommen und unabhängig davon, ob der Privat-Pkw oder öffentliche Verkehrsmittel verwendet werden, auf Basis der Entfernung vom Arbeitsort zum Wohnort begünstigt werden. In diesem Sinn soll auch das "Jobticket" bereits ab 2 km zu beziehen sein,
- auch in Erwägung zu ziehen, das amtliche Kilometergeld anzuheben.

### **Begründung**

Globale Entwicklungen, wie die begrenzten Erdölreserven (Peak Oil), unsichere und politisch instabile Situationen in den ölexportierenden Staaten (Iran, Syrien, etc.), die rasant steigende Nachfrage nach Öl in den aufstrebenden BRIC-Staaten und exzessive internationale Spekulationen führen zu steigenden Öl- und damit auch Spritpreisen.

Die enormen Treibstoffpreissteigerungen im Vorfeld der Osterwoche machten deutlich, welchen Schwankungen die Preisentwicklung an den Zapfsäulen ausgesetzt ist. Es wird daher begrüßt, dass von Bundesseite Regelungen, wie Spritpreiskorridore, überlegt werden, die aber nicht zu Nachteilen für die KonsumentInnen (etwa in Form von vorgezogenen Spritpreissteigerungen durch die Mineralölkonzerne) führen dürfen.

Der Vergleich der durchschnittlichen Netto-Preise (Preise ohne Steuern und Abgaben) von Treibstoff in Österreich und im EU-Durchschnitt macht ersichtlich, dass es sich bei den stark steigenden Treibstoffpreisen auch um ein gesamteuropäisches Wettbewerbsproblem handelt. Wettbewerbs- und Kartellbehörden aller EU-Mitgliedstaaten sollen daher gemeinsam eine umfassende Untersuchung dieses Marktsegments durchführen.

Das Pendlerpauschale wird derzeit als Freibetrag von der Lohnsteuer-Bemessungsgrundlage abgezogen. Das bedeutet, dass mehr als 100.000 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die für ihr Einkommen keine Lohnsteuer zahlen, vom Pendlerpauschale in der derzeitigen Form keinen finanziellen Nutzen haben. Davon sind vor allem Teilzeitbeschäftigte, und somit meist Frauen, aber auch Lehrlinge betroffen. Die Kosten für die Fahrt von und zur Arbeit fallen jedoch, unabhängig vom Einkommen, an und stellen gerade für Menschen mit einem geringen Einkommen eine besondere Belastung dar. Deshalb soll das Pendlerpauschale für die Zukunft derart umgestaltet werden, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unabhängig von ihrer Lohnsteuerleistung, gleichmäßig, auf der Basis der zurückzulegenden Wegstrecke zwischen Wohnort und Arbeitsstelle, entschädigt werden. Zusätzlich soll auch die derzeitige Regelung, wonach eine Bezugsberechtigung für das Pendlerpauschale erst ab dem 11. Arbeitstag im Monat besteht, zur Entlastung von Teilzeitkräften entfallen.

Schließlich sollte die Ausweitung des Kreises der Bezieherinnen und Bezieher beim „Jobticket“ durch die Streichung der „20 km Regelung“ für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen einen starken Anreiz bieten, auf freiwilliger Basis verstärkt Öffentliche Verkehrsmittel für den Arbeitsweg zu benutzen.

Für Kosten, die Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern bei der Benutzung des privaten Kraftfahrzeugs entstehen, soll das amtliche Kilometergeld eine entsprechende Abgeltung darstellen. Insbesondere sind auch die Treibstoffkosten von diesem erfasst und mit abgedeckt. Für eine Entlastung von den stark gestiegenen Treibstoffpreisen ist daher eventuell auch die Anhebung des amtlichen Kilometergeldes in Erwägung zu ziehen.

Linz, am 08. Mai 2012

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Jahn, Bauer, Rippl, Eidenberger, Makor, Weichsler-Hauer, Röper-Kelmayr, Peutlberger-Naderer, Promberger, Krenn, Pilsner, Affenzeller, Müllner**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stelzer, Frauscher, Lackner-Strauss, Hüttmayr, Peinsteiner, Schwarzbauer, Csar, Stanek, Höckner, Dörfel**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Schwarz, Wageneder, Buchmayr**